

Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses Landkreises Ostprignitz-Ruppin Land Brandenburg

Sitzung am 18. Oktober 2011

Der Jugendhilfeausschuss des Landkreises OPR positioniert sich gegen die bevorstehenden Kürzungen bei den Schulen in freier Trägerschaft. Er fordert das Bildungsministerium auf, in einen gleichwürdigen und konstruktiven Dialog mit Kommunen als Schulträger, Trägern der Jugendhilfe und freien Trägern zu treten.

Begründung:

- Schulen in freier Trägerschaft in unserem Landkreis gestalten engagiert seit 20 Jahren die Vielfalt der Schullandschaft unseres Kreises, auch in strukturschwachen Regionen. Sie sind nicht selten Grund für Zuzug von Familien.
- Schulen in freier Trägerschaft sind verlässliche Partner der Jugendhilfe. Ihr pädagogischer und organisatorischer Gestaltungsspielraum ermöglicht Integration von Kindern, da wo staatliche Schulen sich überfordert fühlen. Inklusion wird hier oft schon praktiziert.
- Das Nichtgelingen von Schule ist nicht nur für den Einzelfall eine persönliche Katastrophe, sondern belastet verstärkt den Haushalt der Jugendhilfe des Kreises. Einzelfallhilfen und befristete Entschulungen sind schon lange kein Einzelfall mehr.

Hintergründe:

- Vor wenigen Wochen hat die Brandenburger Landesregierung einen Gesetzentwurf verabschiedet, der bei Inkrafttreten erhebliche Auswirkungen auf die künftige Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft haben wird. Beginnend mit dem Schuljahr 2012/13 sollen die Zuschüsse des Landes schrittweise abgesenkt werden. Je nach Schulform sollen sie um 20 bis 37 Prozent sinken. Vorgesehen ist, den Gesetzentwurf im Dezember 2011 im Landtag zu verabschieden.
- Mit der Übergabe von 37.600 Unterschriften - 20.000 wären notwendig gewesen - hat die [Brandenburger Volksinitiative Schule in Freiheit](#) am 29.09.2011 ein beeindruckendes politisches Zeichen des Protestes gesetzt.
- Die Arbeitsgemeinschaft freier Schulen des Landes Brandenburg engagiert sich für einen breiten Dialog. Das beiliegende Papier reagiert auf die Argumentation der Regierungsparteien.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen